54. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Einzel-Nummer 10 Pfennig

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 373 | Sonnabend, 8. August 1925

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. | Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Unterdrückung der Opposition im Zollkampf.

Die heutige zweite Lesung der Zollvorlage im Reichstag. — Die Mundtotmachung der Oppositionsparteien durch die Rechte und das Zentrum. — Stürmische Auftritte. — Eine Rede des Reichskanzlers.

Wirtschaftspolitik und Wissenschaft.

Zur zweiten Lesung der Zollvorlage.

Von (Nachdruck verboten.)

Staatsminister a. D. Dr. Wendorff.

Die Begründung der Reichsregierung für die in ihrer Fassung auf die Lebenshaltung und das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes tief einschneidende „kleine Zollvorlage" ist ihr Recht als unzureichend bemängelt worden. Ihr sachlicher Wert steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Länge, denn die Beweisgründe für die Notwendigkeit erhöhter und neuer Zölle, das Eingehen auf die durch den Krieg und seine Folgen grundlegend veränderten Verhältnisse werden nicht gebracht. Unter diesen Umständen hat die deutsch-demokratische Reichstagsfraktion mit vollem Recht und allem Nachdruck auf die Berufung einer Agrar-Enquete-Kommission gedrungen, der es obliegen sollte, das Versäumte nachzuholen, die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenhänge aufzudecken und damit dem Reichstage eine feste Grundlage für seine wichtigen Entschließungen zu geben. Es ist, zu spät ist dem Antrage entsprochen worden, eine Kommission berufen, ihr aber von vornherein eine zeitliche Beschränkung auf eine Woche Arbeitsdauer vorgeschrieben. Die Parteien hatten sich inzwischen meistens schon handelspolitisch festgelegt; die Kommission selbst hatte keinen Einfluß auf die Wahl der vorgeladenen Sachverständigen, die zugleich überwiegend Interessenten waren; unter den Mitgliedern befanden sich Persönlichkeiten, welche von bestimmten Interessentengruppen abhängig waren; die Eile brachte es mit sich, daß die Kommission überanstrengt werden mußte und wichtige Fragen nicht genügend geklärt wurden und ungelöst blieben. Immerhin ist es als grundsätzlicher Fortschritt anzusehen, daß wenigstens der Versuch einer sachlichen Untersuchung unternommen wurde, und es bleibt nur zu wünschen, daß für die Vorbereitung des endgültigen Zolltarifs rechtzeitig ein entsprechend zusammengesetzter Ausschuß mit den weitreichenden Zuständigkeiten einberufen wird, der in Ruhe, Sachlichkeit und möglichster Vollständigkeit alle gesamten Fragen behandeln und beantworten kann. Zum Vergleich darf darauf hingewiesen werden, daß die englische Königliche Untersuchungskommission über Lebensmittelpreise vom Dezember 1924 bis zum März dieses Jahres getagt und wichtiges Material zusammengetragen hat.

Der entscheidende Einfluß wird in einer solchen Kommission der objektiven Wissenschaft, also in erster Reihe der staatswissenschaftlichen Hochschulprofessoren, eingeräumt werden müssen, und das um so mehr, als die wirtschaftlichen Interessenverbände je länger je mehr Nationalökonomen in ihren Dienst genommen haben und ihre wissenschaftlichen Belange mit staatswissenschaftlichen Gründen umkleiden bemüht sind.

Die Unabhängigkeit der Wissenschaft und ihrer Lehrer ist ein öffentliches Interesse ersten Ranges, insofern hat der Streit zwischen dem Universitätsprofessor Reinhold Sering und dem Privatdozenten Dr. Ritter der Berliner landwirtschaftlichen Hochschule eine über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung, und es soll deshalb auf ihn eingegangen werden. Sering hatte in seiner bekannten neuesten Schrift „Agrarkrisen und Agrarzölle" ausgeführt: es werde Ritter von Berufsgenossen vorgeworfen, daß er auf den Titeln seiner Schriften seine Stellung als Referent der Hauptlandwirtschaftskammer unterdrückt habe. Ritters Tätigkeit als Referent der Hauptlandwirtschaftskammer sei gewiß nicht minder notwendig und ehrenhaft als die des Rechtsanwalts. Er schließt wörtlich: „In vielen Ländern geht bekanntlich das Referat aus der Anwaltschaft hervor. Aber nirgendwo wird das Urteil über einen Anwalt auseinandergehen, der, während er die Interessen seines Mandanten vertritt, im Tribunal auftritt und so der umstehenden Volksmenge seine Parteilichkeit vortäuscht." Dr. Ritter erwiderte in der „Deutschen Tageszeitung" sehr heftig, Sering habe ihn „leichtfertig der Gesinnungslumperei" beschuldigt, den gleichen Vorwurf könne man dann jedem Hochschullehrer machen, der als Mitglied einer politischen Partei einem Parlament angehöre. Dieser Vergleich hinkt auf allen Füßen, denn die Herren nehmen doch zu politischen Fragen in Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit oder im Zusammenhang mit ihrer Stellung, von einem Verschweigen der Parteizugehörigkeit also gar keine Rede.

Nach allem wird sich die öffentliche Meinung in Deutschland mit Nachdruck hinter die Forderung Serings stellen, daß Hochschullehrer unter allen Umständen mit offenem Visier kämpfen müssen.

Unabhängigkeit der deutschen Wissenschaft und ihrer Lehrer ist ein hohes Gut, das unangetastet bleiben muß.

Durchpeitschung des Zolltarifs.

Die heutige Reichstagssitzung.

Eine erregte Geschäftsordnungsdebatte.

P. H. Der Kampf um die Zollvorlage hat begonnen. Ein großer Tag im Reichstag im wahrsten Sinne des Wortes. Die gesamte Reichsregierung mit Reichskanzler Luther an der Spitze hat sich am Regierungstisch eingefunden. Das Haus selbst ist überaus stark besetzt. Die Regierungsparteien sind fast vollständig vertreten, aber auch die Linksparteien sind in starker Besetzung anwesend.

Einige Minuten nach 10 Uhr eröffnet Reichstagspräsident **Löbe** unter ungeheurer Spannung die Sitzung. Er teilt mit, daß die **Regierungsparteien einschließlich des Zentrums einen Antrag eingebracht haben, wonach die Redezeit zur Zollvorlage insgesamt auf vier Stunden für jede Partei beschränkt werden soll.** (Großer Sturm links.) Der Präsident fährt fort, nach diesem Antrag soll bei der allgemeinen Aussprache die Redezeit eine Stunde, bei der Besprechung der **Agrar- und Industriezölle** einschließlich der Tarifsätze **zwei Stunden, für alle anderen Teile der Vorlage zusammen eine Stunde** betragen. (Stürmische Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.)

Abg. **Müller-Franken** von den Sozialdemokraten steigt auf die Treppe, die zum Rednerpult führt. Höhnend meint er, daß es bezeichnend sei, daß **keine von den Rechtsparteien diesen Geschäftsordnungsantrag zu begründen** wage. Müller-Franken weist darauf hin, daß bei den Aufwertungsgesetzen seine Fraktion sich an der sachlichen Behandlung beteiligt habe. Aber so etwas wie dieser Geschäftsordnungsantrag bei der zweiten Lesung war noch nicht da und stehe in der Geschichte des deutschen Reichstags einzig da. **Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten stimmen durch stürmischen Beifall zu.** Müller-Franken erklärt, daß dieser Antrag herausgeboren sei aus rein materiellen Interessen der Regierungsparteien, möglichst rasch die Zölle zu erreichen, und er spricht das Wort von der **parlamentarischen Korruption.** Die Rechtsparteien springen auf und protestieren.

Nach Müller-Franken kommt Abg. **Stöcker** von den Kommunisten. Natürlich einen Ton schärfer. Er weist auf die Ueberrumpelungstaktik der Regierungsparteien hin, und er meint, diesen Antrag müßten selbst die Zentrumsarbeiter als eine Verhöhnung auffassen.

Nun endlich rafft sich Herr **Dr. Scholz** von der Deutschen Volkspartei auf, eine Erklärung abzugeben. Man merkt ihm an, daß er innerlich sehr erregt ist. Er meint, daß dieser Antrag der Mehrheitsparteien keine Verletzung der Geschäftsordnung sei. Als er dann fortfährt, es sei doch im **Ausschuß Zeit genug gewesen, die Dinge zu behandeln, und das Plenum des Parlaments sei nicht dazu da, alles wiederzukauen,** da bricht ein **ungeheurer Sturm des Protestes** erneut los.

Abg. **Koch**-Wesel, der Führer der demokratischen Fraktion, hat nunmehr das Wort, und — das kann man ruhig objektiv feststellen — er hat das Ohr des Hauses. Er wies darauf hin, daß die demokratische Fraktion sowohl bei den Aufwertungsgesetzen als auch bei den Steuergesetzen den ernsten Willen bekundet hat, sachlich zu diskutieren und jede Obstruktion zu vermeiden. Er wies weiter darauf hin, daß man auch der Sozialdemokratie nicht vorwerfen könne, daß sie von der sachlichen Opposition etwa zur Obstruktion übergegangen sei. Nun so unangenehmer und empfindlicher berühre **dieser Antrag, der tatsächlich eine gründliche, sachliche Beratung der Zollvorlage unmöglich mache.** (Stürmische Zustimmung links.) **Es sei ganz unmöglich, in zwei Stunden alle schweren Bedenken gegen die Zollvorlage und auch gegen die** Ausschußbeschlüsse geltend zu machen. Die Regierungsparteien hätten kein Recht, und namentlich nicht der Abg. Dr. Scholz, sich auf die Ausschußverhandlungen zu berufen, weil ja die Regierungsparteien sich an den Ausschußberatungen so gut wie gar nicht beteiligt haben. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Es habe also eine gründliche Aussprache überhaupt noch gar nicht stattgefunden und der Zweck jeder parlamentarischen Diskussion sei doch, Gründe und Gegengründe vorzubringen. Die Einschränkung der Redezeit steht dem nun entgegen. Der demokratische Redner machte mit Recht auch eingehend auf die geschäftsordnungsmäßigen Bedenken aufmerksam. Es sei außerordentlich bedenklich, diese Vorlage in vier Teile zusammenzufassen. Wohl könne nach der Geschäftsordnung eine Verbindung einzelner Bestimmungen erfolgen, wenn man aber jetzt den Tarif in zwei Teile zerlege, so sei das in Wirklichkeit eine Ersetzung der Spezialdebatte durch eine Generaldebatte. Das widerspreche dem Sinn der Geschäftsordnung. Abg. Koch wies darauf hin, daß er noch einmal in letzter Stunde die Regierungsparteien warnen möchte. Das deutsche Volk muß ein Ventil für die Volksleidenschaften im Reichstag haben. Das könne nur durch eine eingehende sachliche Behandlung geschehen. Unter stürmischem, minutenlangen Beifall rief der demokratische Abgeordnete den Regierungsparteien zu: „Sie übernehmen jetzt eine Verantwortung, die ungeheuer ist und um die ich Sie nicht beneide."

Der nächste Redner ist der Abg. **Koenen** von den Kommunisten. Noch einmal nimmt er auf das schärfste gegen die Regierungsparteien Stellung, nennt sie Zollwucherer und Zollräuber und bekommt dafür einen Ordnungsruf. Sehr energisch spricht dann der sozialdemokratische Abgeordnete **Dr. Breitscheid,** der die Ausführungen des Volksparteilers Scholz zurückweist. Er wolle hier nicht über formale Dinge sprechen, sondern darauf hinweisen, daß es sich bei der Zollvorlage um ein Gesetz handle, das nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für das ganze deutsche Volk von der allergrößten Bedeutung sei. Dr. Breitscheid charakterisiert dann noch einmal die Haltung der Regierungsparteien im Ausschuß, wo sie bereits passive Resistenz getrieben haben, und er wendet sich dann an das Zentrum: ob es auch nicht einmal das Zentrum für nötig halte, sich mit den sachlichen Vorschlägen im Aeltestenrat zu beschäftigen. In die Zollvorlage sei ein Ermächtigungsgesetz eingearbeitet worden, durch welches das Parlament ausgeschaltet wird. Der Redner ruft dem Zentrum zu: „Sie wollen doch eine Verfassungspartei sein, meine Herren vom Zentrum. Wollen Sie auch die Verletzung der Verfassung mitmachen? Ja wollen Sie uns nicht einmal Gelegenheit geben, hier im Plenum über dieses Ermächtigungsgesetz und über diese Verletzung der Verfassung zu diskutieren?" (Stürmische Zustimmung.) Unter ungeheurer Erregung schließt Dr. Breitscheid mit den Worten: **„Wir haben es hier mit einer Diktatur, mit einer Entente zu tun, die unter der Führung des Grafen Westarp steht."**

Das Zentrum sitzt betroffen da. Herr Fehrenbach verhandelt mit seinen Freunden. Die Rechtsparteien protestieren gegen die Ausführungen Breitscheids. Der Kommunist Koehnen meint, daß die Regierungsparteien für die Zollvorlage etwa dieselbe Zeit zur Verfügung stellen wollen, wie sie für die Uniformfrage benötigt worden sei.

Die Spannung steigt. **Fehrenbach** vom Zentrum spricht. Er könne die leidenschaftlichen Töne, die hier angeschlagen worden seien, nicht verstehen. Große Unruhe links. Fehrenbach stellt fest: Die Zollvorlage sei notwendig, damit die Regierung in die Lage versetzt werde, Handelsverträge abzuschließen. Es sei weiter physisch unmöglich, den Reichstag noch länger zusammenzuhalten. (Stürmische Heiterkeit und Zwischenrufe links.) Es handle sich ja auch nicht um ein Dauerwerk, sondern nach zwei Jahren müsse eine andere Zollvorlage kommen. Im übrigen, was das Ermächtigungsgesetz angehe, so sei ja die Ermächtigung an die Zustimmung des Reichsrates und eines Reichstagsausschusses gebunden. Selbstverständlich neue Unruhe und neuer Sturm links. Und dann bringt es der Abgeordnete Fehrenbach wirklich fertig, zu behaupten, die Zollvorlage sei im Hauptausschuß ausgiebig behandelt worden! **Dann erklärt Fehrenbach noch, daß an irgend eine Aenderung der Zollvorlage im Plenum nicht zu denken sei. Es sei ausgeschlossen, daß die Mehrheit durch die Gegengründe bekehrt würde. Ende nächster Woche müsse man fertig werden.** Wolle man den Plänen der Kommunisten folgen, so müsse man noch den September hinzunehmen. Auf die Argumente des demokratischen Redners Koch und des sozialdemokratischen Redners geht Fehrenbach nicht ein. Die Geschäftsordnungsaussprache ist geschlossen.

Der kommunistische Abgeordnete **Stöcker beantragt Vertagung des Reichstages für eine Stunde,** um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Geschäftsordnungsantrag der Mehrheitsparteien Stellung nehmen zu können. Der Präsident läßt über den Vertagungsantrag für eine Stunde abstimmen. **Der Antrag wird gegen die Stimmen der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt.** (Lebhafte Pfuirufe links.) Nun wird über den **Antrag der Mehrheitsparteien, die Redezeit auf vier Stunden für alle Fraktionen zu verkürzen,** abgestimmt. **Die gesamten Regierungsparteien** — einige wenige Zentrumsabgeordnete ausgenommen — **stimmen für den Antrag des Grafen Westarp. Minutenlang tobt nun ein ungeheurer Entrüstungssturm durch das Haus.**

Die Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Luther, der dann das Wort erhält, wird mit ungeheurem Lärm und Zurufen von den Kommunisten, namentlich von den Kommunisten, empfangen. Die Glocke des Präsidenten Löbe schafft notdürftig Ruhe. Als der Kanzler jedoch beginnt, setzt der Lärm erneut ein, so daß die ersten Sätze der Rede des Reichskanzlers in dem Tumult verloren gehen. Präsident Löbe erteilt eine ganze Anzahl von Ordnungsrufen. Abg. Stöcker (Komm.) erhält wegen gegen den Reichskanzler gerichteter Zurufe einen zweimaligen Ordnungsruf. Abg. Könen (Komm. ruft dem Reichskanzler zu: Der Oberräuber hat das Wort, und erhält dafür sofort einen Ordnungsruf. Für weitere Zurufe „Oberräuber", „Zollräuber" werden noch verschiedene kommunistische Abgeordnete, darunter der Abg. Torgler, zur Ordnung gerufen, ehe die ersten Worte des Reichskanzlers so durch den Lärm dringen, daß sie im Hause verständlich sind.

Der Reichskanzler führt aus:

Von den drei großen Gesetzgebungswerken, die eine feste Grundlage für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft geben sollen, hat der Reichstag in angestrengtester Arbeit der Ausschüsse und des Plenums die Aufwertungs- und die Steuergesetze verabschiedet. Auch andere bedeutungsvolle gesetzgeberische Arbeiten, besonders auf sozialpolitischem Wege, sind vollbracht worden. So groß die gesetzgeberischen Leistungen sind, so darf ich im Interesse der Beschaffung geschlossener Grundlagen für die Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft das Hohe Haus doch um Erledigung auch der Zollgesetzgebung in dieser schwer belasteten Tagung bitten. Die Zollgesetzgebung unterscheidet sich von den beiden anderen großen wirtschaftlichen Gesetz-